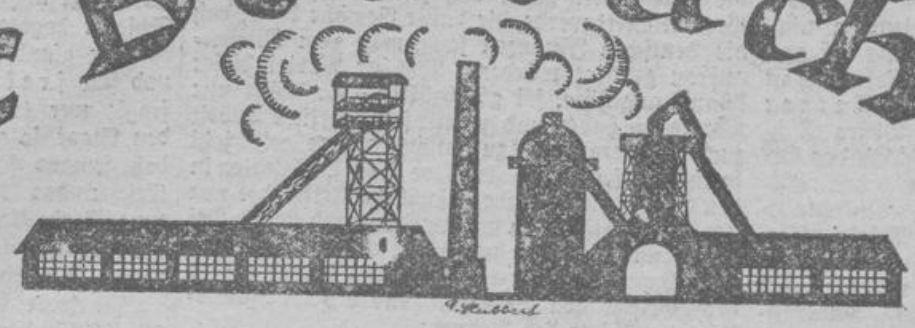
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg. | Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5 1. | Samstag, 13. März 1920 | Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weite Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß. | 11. Folge

Parole Hindenburg.

Unter der Ueberschrift „Parole Hindenburg" schreibt der „Hannov. Kurier" an der Spitze eines Leitartikels: Wie wir aus der Umgebung Hindenburgs hören, ist die Nachricht seiner Geneigtheit, die Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen, in der Form zutreffend, daß der Feldmarschall bereit sein würde, seine Dienste zur Verfügung zu stellen, falls es den Wünschen der weitesten vaterländischen Kreise entspricht.

Welche Gefühle wachen wieder in unserem Herzen auf! Wenn wir uns vorstellen, daß wieder auf aller Lippen der Name Hindenburg schwebt, wenn wir daran denken, daß die Anhänglichkeit an die Person Hindenburgs wieder alle deutschen Volksgenossen wie ein einigendes Band umschlingen könnte, so kommt es uns fast vor, als sei manches, was hinter uns liegt, nur ein böser Traum. Werden nicht wieder die Tage lebendig, in denen der Name Hindenburg dem deutschen Volke wie ein Heiligtum war, an das keine Hand rühren durfte? Lebendig dadurch, daß Hindenburg wieder mitten unter uns in das Leben seines Volkes tritt, daß sich das ganze Volk um ihn schart und daß seine Persönlichkeit dadurch wieder zu der Quelle nationaler Kraft wird, die sie früher gewesen ist. Dies alles, dieser ganze weite Horizont tut sich in unserem durch Parteischranken zu eng gewordenen politischen Dasein auf, wenn die Möglichkeit vor uns tritt, daß Hindenburg die Reichspräsidentschaft des deutschen Volkes auf seine starken Schultern nehmen wird. Vor diesem Manne fallen alle Parteischranken nieder und die Gesamtheit des deutschen Volkes findet sich in dem Wunsche zusammen, Hindenburg mit der höchsten Würde zu bekleiden, die das deutsche Volk zu vergeben hat. Deshalb ist die einzige Voraussetzung, an die Hindenburg die Zustimmung zu dieser Kandidatur geknüpft hat, von vornherein erfüllt: Aus dem Herzen des gesamten deutschen Volkes wird der Ruf an ihn ergehen, sich der Bitte um die Uebernahme einer Kandidatur nicht zu verschließen.

Wenn Hindenburg sich für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches zur Wahl stellt, so hat er die Gesamtheit des deutschen Volkes für sich. Es ist deshalb selbstverständlich, daß andere Kandidaturen daneben zurücktreten müssen. Als ernsthafter Kandidat ist bisher Herr Damaschke aufgetreten, und zwar als Vorkämpfer der von ihm vertretenen bodenreformerischen Anschauungen. An dem Verdienste dieses Mannes wird niemand zweifeln. Trotzdem glauben wir, daß er selbst sowohl wie seine Anhänger der gegebenen Lage Rechnung tragen werden, wenn erst Hindenburg einmal als Kandidat des deutschen Volkes auf den Plan getreten ist. Denn Hindenburg ist eine so überragende Persönlichkeit und eine so lebendige Verkörperung besten deutschen Wesens, daß kein deutscher Mann es über sich gewinnen wird, etwa den Wettbewerb mit ihm aufzunehmen, und dadurch der Volksstimmung eine Ablenkung von dem einen großen Gedanken der Präsidentschaft Hindenburgs zuzumuten. In Hindenburg schätzen wir alle den Mann von unvergleichlicher Pflichttreue, die nicht nur während der Kriegszeit, sondern auch in den nachfolgenden schweren Monaten die Feuerprobe dem Vaterlande gegenüber bestanden hat. Er ist deshalb der Mann, der unbegrenztes Vertrauen im Volke genießt und als Präsident des Deutschen Reiches genießen wird, mit dessen Person sich aufs engste die Autorität verbindet, die von der höchsten Würdenstelle des Deutschen Reiches ausgehen muß. Hindenburg ist auch der Mann, der für das Amt des Präsidenten die persönliche Eignung im höchsten Maße mitbringt. Er hat es gelernt, Führer zu sein, und er hat als das Haupt der Obersten Heeresleitung den weiten Blick und die Vertrautheit mit den großen staatspolitischen Fragen gewonnen, ohne die der Präsident des Deutschen Reiches seinem Amte nicht gerecht werden kann. Wer wäre also würdiger, das deutsche Volk im höchsten Reichsamte zu vertreten, als er? Ein Mann, der getragen ist von dem Vertrauen des gesamten deutschen Volkes, der dadurch wieder Vertrauen in das Volk ausstrahlen und ihm die Kraft geben kann, den schweren Weg aus der Tiefe in die Höhe zu beschreiten.

Es wäre in dieser Zeit, in der alle unsere Kraftquellen den letzten Tropfen spenden müssen, gewiß etwas Tragisches, wenn das deutsche Volk den Schatz, den es in Hindenburg besitzt, im Stillen hüten müßte, anstatt seine unendlichen Werte für den Wiederaufbau einzusetzen. Deshalb ist es so dankbar zu begrüßen, daß Hindenburg das persönliche Opfer bringt, seine stille Zurückgezogenheit in Hannover aufzugeben und in den Lärm des Tages hinauszutreten. Aber Hindenburg selbst ist sich wohl bewußt, daß er seine Kraft seinem Volke und Vaterland nicht versagen darf, und sein Pflichtgefühl bewährt sich auch hier wieder aufs neue in einer Feuerprobe. Nun wird es Sache des deutschen Volkes sein, diesen Schatz zu heben. Alles Parteiengezänk hat vor dieser Aufgabe zu schweigen. Was auch immer die Parteitaktik einzelnen Parteien vorschreiben mag: Hier gilt es zusammenzustehen und für den einen Mann einzutreten, der als Präsident des Deutschen Reiches dem Volke nicht nur einen neuen Willensaufschwung geben, sondern auch ein starker Schild gegen die bolschewistische Gefahr sein wird, die im Osten auftaucht. Die öde Streitsucht, die sich an das Schlagwort des Militarismus knüpft, verstummt von selbst vor diesem Mann. Hindenburg ist weder Militarist noch Antimilitarist. Er ist Schutz und Schild seines Volkes gewesen und wird es weiter sein, solange es seine heute noch außerordentliche Lebensfrische und rüstige Kraft gestattet. Wie Parteigegensätze, so schließt sich auch der konfessionelle Zwiespalt vor diesem Mann. Ohne jegliche und jede Ausnahme muß das deutsche Volk zusammenstehen, wenn Hindenburg die Aufstellung zur Präsidentschaftswahl annimmt. Für das gesamte deutsche Volk wird es dann nur noch eine Parole geben und sie wird lauten wie in früheren Tagen: Parole Hindenburg!

Nicht Resignation, sondern Glauben an die Zukunft.

Zum ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am Niederrhein hatte Dr. Stresemann den Hauptvortrag in einer Versammlung der Parteifreunde in Duisburg übernommen. Nicht Resignation predigte er, sondern den Glauben an die Zukunft. Wiederholt wandte sich Dr. Stresemann gegen das alte deutsche Volksübel der Selbstbeschuldigung. Wer viel mit Ausländern zusammenkomme, sähe mit Staunen, daß im Ausland nur eine Stimme der Bewunderung sei für das, was Deutschland in dem Weltkrieg geleistet habe. Wenn jetzt im Frieden wieder eine Propaganda der Northcliffe-Presse einsetze, müsse unsererseits eine Gegenpropaganda aufgemacht werden. Aus den Erlebnissen der letzten Zeit könne man den Schluß ziehen, daß wir unbeschadet aller parteipolitischen Gegensätze in allen großen Fragen eine Einheitsfront herzustellen vermöchten. Der Kernpunkt der Rede Stresemanns war eine Prüfung unserer Lage nach weltgeschichtlichen Gesichtspunkten. Dabei sagte er u. a.:

Lediglich reale Tatsachen regieren die Welt. Als eine solche Tatsache sehe ich an, daß Macht und Recht nicht Gegensätze sind, sondern zusammengehören. Aus der Geschichte dieses Weltkrieges und dieses Weltfriedens wird man die eine Kenntnis gewonnen haben, daß Recht ohne Macht ein panierner Ohnmachtsbegriff ist. Ohne Macht bleibt ein Rechtsanspruch ohne tatsächliche Wirkung. Wenn wir deshalb jetzt so etwas spüren wie eine weltpolitische Entlastung, so verdanken wir das nicht dem Umstand, daß Deutschland ein demokratisches Land geworden ist, sondern dem Umstand, daß sich weltpolitische Umwälzungen von größter Bedeutung vollzogen haben. Eine solche Tatsache ist der Sieg

des Bolschewismus in Rußland. Dieses bolschewistische Rußland hat eine schlagfertige Armee, steht vor den Toren von Polen, empfängt den Emir von Afghanistan. Da horcht man in London auf! Wenn dieser so oft totgeglaubte Bolschewismus lebt, ist denn dann seine Idee nicht siegreich? Haben dann diejenigen nicht recht, die in Deutschland eine Erhebung auf bolschewistischer Grundlage erwarten? Nein, das ist keine richtige Idee. Gewalt und Terror haben im Bolschewismus gesiegt. Dieses Rußland, das sich hält, ist nicht ein Rußland des Erfurter Programms, nicht das Rußland des Achtstundentags — es hat den Zwölfstundentag eingeführt —, nicht das Rußland der Betriebsräte. Es ist tragikomisch, daß, als wir das Betriebsrätegesetz einführten, Rußland es wieder außer Kraft setzte, weil es die darauf gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hätte, weil mit ihm die letzte Autorität dahingeschwunden wäre und der Staat nicht dulden könne, daß die Produktion weiter niederginge. An Stelle der Betriebsräte hat Lenin Betriebsdirektoren mit dem Recht über Leben und Tod eingesetzt. Bei Todesstrafe ist der Streik in Rußland verboten. Das ist das Rußland, das sich hält. Es hat eine Armee mit den alten Offizieren aufgebaut, es hat die Fabrikdirektoren zurückberufen. Es bereut nur das eine, daß es im ersten Blutrausch so viel Intelligenzen hingemordet hat, die heute beim Wiederaufbau fehlen. Das heutige Rußland steht an den Pforten Indiens. Da legt England sich die Frage vor, ob es richtig sei, angesichts einer solchen Entwicklung Deutschland zu ignorieren und ob Deutschland nicht nach der einen oder anderen Seite entscheidend beeinflußt werden könne. Unter diesem Gesichtspunkt muß man Stimmen bewerten, die aus London kommen, man könne Deutschland gewisse Bedingungen erlassen, wenn es zum Kampf gegen den Bolschewismus aufkäme. Das ist nicht Liebe für Deutschland, das ist englisches Interesse. Infolgedessen müssen wir, kühl und auch aller Verantwortung uns bewußt, uns klar werden, wie wir uns zu diesen Fragen stellen. Dabei darf man nicht von inneren parteipolitischen Gesichtspunkten ausgehen. Bismarck hätte nie nach der Staatsform eines Verbündeten gefragt, wenn er wußte, daß er Deutschland nützen würde. Wir müssen uns der unerträglichen Bedingungen des Versailler Vertrages erwehren. Da geht es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist, ein Friedensangebot von Sowjetrußland anzunehmen. Ein solches Angebot ist an uns ergangen mit dem Vorschlag, die Handelsbeziehungen sofort aufzunehmen und uns Rohstoffe zu liefern. Ich hätte gar keine Bedenken, sofort in Handelsbeziehungen zu Rußland zu treten. Ich halte es für eine Pflicht, Kommissare nach Rußland zu senden, die sich dort genau unterrichten. Man sagt, daß jede Annäherung an Rußland uns der bolschewistischen Gefahr näher brächte. Haben wir aber diese Gefahr nicht schon in Deutschland? Haben wir nicht genug kommunistische Gruppen? Würde daran etwas geändert, wenn wir in Güteraustausch mit Rußland träten? Jetzt handelt es sich zunächst darum, daß wir zu genügend Wirtschaftlichem kommen. Haben wir genügend Brot und Arbeit, dann können wir diesen Ideen gegenübertreten. Kommen wir aber zum Chaos, dann können wir uns mit Barrieren gegen Rußland absperren, und der Bolschewismus wird Deutschland doch überfluten. Von diesen Gesichtspunkten wollen wir uns prüfen, ob wir uns nach dem Osten orientieren sollen. Wir sind keine Landsknechte für andere. (Stürmischer Beifall.)

Bei der Besprechung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse warf Dr. Stresemann zwei Fragen auf. Erstens, ob das Ausland Vertrauen in unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse habe, und zweitens, ob wir geeignete Persönlichkeiten hätten, die die notwendigen wirtschaftlichen Verhandlungen mit dem Ausland führen könnten. Je mehr wir zur Arbeit, Autorität und Ordnung kämen, desto mehr würden wir das Vertrauen des Auslandes erringen und geeignete finanzielle Transaktionen erwarten können. Besonders die führenden Personen müßten Vertrauen im Ausland haben. Wer im Inland kein Vertrauen habe, habe auch kein Vertrauen im Ausland. Der Verlauf des bekannten Prozesses in den letzten Wochen lasse die Hoffnung aussprechen, daß die Nichtrückkehr des jetzigen Reichsfinanzministers in sein Amt uns die Möglichkeit gäbe, daß sein Nachfolger eine Persönlichkeit werde, die dafür Gewähr biete, daß die deutschen Finanzen sachgemäß zum Wiederaufbau geleitet würden. Welcher Partei dieser Mann angehöre, sei gleichgültig. Er müsse nur Vertrauen haben und gewillt sein, ehrliche Arbeit zum Wiederaufbau zu leisten. Was wir jetzt brauchten, sei nicht destruktive Kritik, die alles in den Sumpf ziehe, sondern sachliche Kritik, die nur den Wiederaufbau in den Vordergrund stelle. Bei einem nähern Eingehen auf die Bedeutung des Preußenstaates auf das innere Wesen des „Geistes von Potsdam" und des Obrigkeitsstaates erklärte der Redner:

Gewiß, wir trauen auch dem Vergangenen nach. Das waren die Zeiten unsers Ideals, die Zeiten der deutschen Größe. Kein Kultusminister wird uns hindern, unsere Kinder am Aufschauen zu Preußen und Deutschlands Größe zu erziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir denken auch der Zeiten, da wir groß waren, und lassen uns nicht aus dem Herzen reißen, was deutsche Fürsten getan haben. Man sagt: Was seid ihr doch für schwankende Gestalten! Hier sagt ihr, ihr steht auf dem Boden der Republik, und dort sagt ihr, ihr seid Monarchisten. Wir denken gar nicht daran, dem Staat die Mitarbeit zu versagen, weil die Staatsform unserer Anschauung nicht entspricht. Höher als Staatsform und Dynastie wird uns immer das Interesse und das Wohl des deutschen Volkes stehen. Unsere eigene Ueberzeugung, daß Deutschland besser für eine monarchistische Staatsform paßt, haben wir nicht wie alte Kleider abgelegt, als die neue Staatsform kam. Wir haben die Monarchie scharf kritisiert, nicht als Gegner der Monarchie, sondern um sie in Reinheit zu erhalten. Aber am 9. November wegzulaufen, als Monarchisten einzuschlafen und als Republikaner aufzuwachen, das haben wir nicht getan.

An die Parteifreunde am Niederrhein wie an alle Volksgenossen richtete am Schluß Dr. Stresemann einen flammenden Aufruf zur praktischen Arbeit am Wiederaufbau und zur Rückkehr zur Nüchternheit und Gründlichkeit, den beiden Grundbegriffen, die Deutschland groß gemacht hatten.

Deutschland ist blind.

So schließt ein langer Artikel Walther Rathenaus in der „Voss. Zeitung", den er selbst „Was wird werden?" überschreibt, und der ein Bild von unserer Zukunft entrollt, daß man das Gruseln kriegen könnte. Nachdem er unsere Papiergelddruckerei ohne Deckung durch wahre Werte außerordentlich treffend gegeißelt und gesagt hat, daß diese Wirtschaft unumgänglich zum Assignatenwesen führen müsse, unter dem in Paris im Jahre 1797 ein Frühstück 30 000 Franken kostete, anderseits aber auch nicht aufzuhalten sei, so lange unser Konsum fortgesetzt die Produktion erheblich übertreffe, und zwar trotz aller noch so schönen internationalen Valutenkommissionen, weist er darauf hin, daß dieser den Ruin mit Windeseile herbeiführende Ueberkonsum noch gewaltig verschlimmert würde, wenn erst unsere unentgeltlichen Abgaben an den Verband für Kriegsentschädigung und Wiederaufbau geleistet werden müssen. Das Wort „c'est le boche, qui paye" wird, so fährt Rathenau fort, selbst nach den Ersatz der während des Krieges ausgefallenen französischen Produktion von uns fordern. Dem allen steht die jetzige Regierung ratlos gegenüber.

Sind irgendwelche Anzeichen gegeben, so fragt Rathenau daß wir uns zu einer grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaft aufraffen, so lange es Zeit ist, und er beantwortet die Frage mit „Nicht im mindesten!" Und er begründet das so:

Erstens wird die Gefahr nicht erkannt. Spielerische Gedanken, Weltverbesserung, unberufene Projekte, Fatalismus und der Wurstelgrundsatz: „Es wird so schlimm nicht werden — alles kommt anders" beherrschen die Oeffentlichkeit, die im Kriege nichts gelernt hat. Zweitens sind alle Schieber dagegen, und die Schieber sind mächtig.

Wir glauben, parlamentarisch regiert zu sein, und sind fraktionell regiert. Wenn man fragt: wer trägt heute die Verantwortung für den Staat, so gibt es keine Antwort, es sei denn, daß jemand scherzhaft sagte: der Kanzler, oder töricht: das Kabinett. Kollegiale Verantwortung ist ein Unding und ein Unsinn. Jeder kann für seine Sache verantwortlich sein, aber das Ganze ist auch eine Sache.

In jeder der westlichen Demokraten ist ein Mensch für das Ganze verantwortlich und zugleich für seine Mitarbeiter. Das ist nicht überall Verfassung, wohl aber überall Brauch. Bei uns glaubt ein Kabinett verantwortlich zu sein, und dieser Glaube wird ernst genommen.

Unsere Kabinettssitzungen stelle ich mir so vor: In einem schönen Saal steht ein langer Tisch. An der Spitze sitzt Ebert. In zwei langen Reihen sitzen die Reichsminister und Referenten. Mehrere lesen die Zeitung, andere geben Unterschriften. Alle sind innerlich sehr beschäftigt und möchten nach Hause. Das Verbot der „Freiheit" oder der Bergarbeiterstreik oder die Fochnote oder das Baltikum beschäftigt sie. Für Wirtschaftsfragen ist keine Stimmung. Am Ende des Tisches haspelt sich einer mit langer Rede die Seele aus dem Leib. Nach zehn Minuten hat jeder genug. „Das ist alles überflüssig," sagt sich der eine, „es geht auch so". „Das gibt Schwierigkeiten mit der Fraktion," sagt sich der andere. „Da haben wir die ganze Presse gegen uns," sagt sich der dritte, „als ob es nicht schon Aerger genug gäbe." „Grundsätzliche Reformen?" sagt sich der vierte, „das wäre die schönste Gelegenheit, sich zu blamieren." Man sieht nach der Uhr. Man denkt an die Besucher, die zu Hause warten. Der Redner holt noch einmal mächtig aus und macht Schluß. Niemand meldet sich zum Wort. Es wird abgestimmt. Keiner ist dafür. Schluß der Sitzung.

Es würde mich nicht wundern, wenn jemand, der heute mühselig einem Plan zustimmt, morgen sein Votum zurückzieht, weil er festgestellt hat, daß seine Fraktion nicht dafür ist.

Bei solcher Regierungsform können Tagesfragen erledigt werden nach dem Gesetz des kleinsten Widerstandes. Für grundsätzliche und Zielpolitik ist kein Raum. Vielleicht bildet sich einmal aus den drei fähigsten Männern des Kabinetts ein Direktorium heraus. Das wäre immer noch eine bessere Lösung als Fraktionsherrschaft nach dem Muster des polnischen Reichstages.

Denn die Fraktionsherrschaft schützt nicht vor der Todsünde des politischen Geistes, der Sünde, die bei aller Gebundenheit die alte Reichsleitung wissentlich niemals begangen hat, und die kein Balkanstaat je begehen würde. Wenn früher ein serbischer Finanzminister nach Berlin kam, um eine Anleihe abzuschließen, so wußte man, daß man es mit dem fähigsten Finanzmann zu tun hatte, der in Serbien aufzutreiben war. Bei uns könnte es geschehen, daß verantwortlichste Stellen des Reiches aus sogenannten politischen Erwägungen mit Leuten besetzt werden, von denen alle sich einig sind, daß sie von ihrer Aufgabe keine Ahnung haben. Und das in einer Zeit, wo Deutschland am Abgrund strauchelt.

In einem anderen Lande würden bei solcher Gefahr sich alle denkenden und verantwortlichen Menschen zusammentun, alle Parteifragen und Prinzipienstreite beiseite lassen und nach dem Rechten sehen. Bei uns bleibt nach Abzug der Interessenten, der Berufspolitiker, der gelehrten Theoretiker und Individualfeuilletonisten nie-

mand übrig, der Kraft, Einsicht und Wollen hätte, in die rollenden Speichen zu greifen

Ein russischer Ansturm kann alles über den Haufen rennen. Das hängt nicht von uns ab. Unsere Gläubiger können uns unter Sequester stellen.

Eine bürgerliche Diktatur können wir im Einverständnis mit der Entente erhalten.

Vom Volk aus wird nichts geschehen. Wir haben vom Kriege nichts gelernt. Wir haben keinen Willen und kein Urteil.

Deutschland ist blind.

Der verwundete Löwe.

Die „Deutsche Zeitung" erhält folgende Zuschrift:

Wenn ein Löwe schwer verwundet wird, dann setzt er seine letzte Kraft ein und schleppt sich in die Felsenwildnis. Einsam will er sein und ungestört entweder zu einem neuen Leben gesunden, oder als König der Wüste unbeweint und unbeklagt einen heldischen Tod sterben.

Aehnlich, aber doch anders Herr Erzberger. Seine Presse hat uns verkündet, daß er einen sehr schweren Schulterschuß erhalten habe, der das Schulterblatt zertrümmert habe. Hohes Fieber habe den Schwerleidenden in die Bettlade gebannt; kein Berichterstatter, erklärte sein von einem Grafen getaufter Hausarzt, dürfte zu ihm, um die Heilung nicht zu gefährden. Und trotzdem empfing dieser, um das Wohl Deutschlands so hochverdiente Mann seinen Unterstaatssekretär zur Erledigung der wichtigsten Regierungsgeschäfte. Wahrhaftig ein Diensteifer, eine Pflichttreue, wie sie selten öffentlich belobt worden sind. Und seine Presse legte um sein edles Haupt die Märtyrerkrone des edlen Dulders und wob um das Heldenhaupt einen Heiligenschein. Erzberger sonnte sich in diesem Glorienschein; und ehe man es hoffen durfte, ward der verwundete Löwe dank seiner gefestigten Konstitution wieder gesund.

Nachrichten, die jetzt durchsickern, trüben leider etwas das Bild des heldischen Dulders. Am Tage nach der angeblich so schweren Verwundung erschien Herr Erzberger strahlend vergnügt in der Charité, zogeilig st wie ein ganz Gesunder ohne jede Hilfe trotz der doch zerschmetterten Schulter seinen Rock aus und stellte seinen edlen Körper zur Untersuchung bereit. Amtlich teilte man dann mit, daß die mehrfache Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen nichts ergeben habe, das Geschoß sei nicht aufzufinden. Zwar lehrt die Erfahrung, daß ein Geschoß, in den Körper eingedrungen, durchschlägt oder stecken bleibt und dann durch Röntgenaufnahmen sicher gefunden wird. Aber an Heiligen geschehen ja öfters Wunder; und so mag es sein, daß dies Geschoß sich in ein Nichts aufgelöst hat. Böse Zungen sagen allerdings, den Heldenleib habe nur ein Glassplitter berührt, kein Geschoß; auch habe Herr Erzberger täglich viele Menschen empfangen und aus tiefinnerer Freude über die Teilnahme seines Volkes und aus dem Wunsche, in dieser Stimmung nicht Störenfried zu sein, es nicht übers Herz gebracht, die Heiligenlegende durch Bekanntgabe der prosaischen Tatsache zu zerstören, daß es ihm eigentlich vortrefflich ginge.

Wie dem aber auch sei, man muß Herrn Erzberger ob seiner guten Heilhaut beglückwünschen und kann nur bedauern, daß er seine Kugelfestigkeit nicht auch hat in dem großen Kriege beweisen dürfen.

Der Verrat der Kaiserin Zita.

Der Wiener Korrespondent der „Berlingske Tidende", Heilsen, hat eine längere Unterredung mit dem früheren Sektionschef im Kabinettssekretariat des Kaisers Karl, Dr. Albin Schager-Eckartsau, gehabt, der ihm folgendes mitteilte: Kaiser Karl wollte bereits bei seiner Thronbesteigung um jeden Preis Frieden schließen und wünschte sogleich Verhandlungen mit der Entente anzubahnen. Graf Czernin sagte ihm: „Nichts ist leichter als dies, Eure Majestät. Die Kaiserin hat zwei Brüder, die in der belgischen Armee Dienst tun. Diese müssen die Verbindung herstellen." Die Mutter der Kaiserin Zita, die Herzoginwitwe Parma-Bourbon, traf sich Ende Januar 1917 mit ihren Söhnen in der Schweiz, und hier stellte sie diesen den Rittmeister Grafen Thomas Erdödy vor, einen geheimen Abgesandten des Kaisers Karl. Der Rittmeister Erdödy reiste als Kurier für das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern später wieder nach der Schweiz und traf sich in Genf mit dem Prinzen Sixtus. Sie erreichten beide am 22. März 1917, abends, Wien. Am nächsten Abend führte ein Automobil den Prinzen Sixtus nach Laxenburg, wo er mit dem Kaiser und der Kaiserin zusammentraf. Zu der Unterredung, die von 8 bis 9½ Uhr abends währte, wurde auch Graf Czernin hinzugezogen.

Der Sektionschef des Kabinettssekretariats geht dann auf die Gegensätze ein, die zwischen dem deutschen Botschafter in Wien, dem Grafen Wedel, und dem österreichischen Hofe, namentlich der Kaiserin Zita, bestanden. Er meint, daß die deutsche Botschaft von allen Vorkommnissen genau unterrichtet gewesen sei, da Graf Wedel ein ausgezeichnet funktionierendes Spionagesystem eingerichtet hätte. Im selben Augenblick, als die Sixtus-Aktion als definitiv mißglückt betrachtet werden konnte, hätte in Deutschland eine große Hetze gegen die Kaiserin Zita, in erster Linie durch die „Leipziger Neuesten Nachrichten", eingesetzt. Die Zita-Hetze sei teils von deutscher, teils von italienischer Seite organisiert worden. Sie erreichte ihren Höhepunkt, als man die Kaiserin bezichtigte, die Pläne für die große Offensive an Italien ausgeliefert und so die Niederlage Oesterreichs hervorgerufen zu haben. Wahr ist, daß die Italiener in ihren Gefangenenlagern Messen für die heilige Zita, „die uns den Sieg gebracht hat", lesen ließen.

Die Mitteilungen schließen mit Vorwürfen und Schmähungen gegen Deutschland, das sich mit Italien in dem Wunsche getroffen haben soll, Wien als Regierungssitz zu vernichten.

Die Not der Alten.

Die Reform der Beamtenbesoldung steht vor der Tür, zweifach erfreulicherweise: einmal im Interesse der unmittelbar davon Betroffenen, zum andern unter Berücksichtigung dringender Staatsbelange. Ueber Einzelheiten, wie namentlich über die Einreihung dieser oder jener Beamtengruppe in die eine oder die andere Besoldungsklasse wird man verschiedener Meinung sein dürfen, und es mag dahingestellt bleiben, ob in dieser Beziehung alle Wünsche werden erfüllt werden können; stehen sie doch zum Teil einander gegenüber. Alles in allem ist zu hoffen, daß das kommende Gesetz in den Kreisen der aktiven Beamten und insbesondere auch derer, die unter Zugrundelegung der neuen Sätze demnächst in den Ruhestand zu treten beabsichtigen, Zufriedenheit auslösen wird. Darüber wird niemand mehr Befriedigung empfinden als diejenigen, die seit Jahr und Tag die Regierung immer wieder um baldigste Vorlegung von Vorschlägen ersucht haben, die geeignet sind, die auf die Dauer ja schlechtweg unerträgliche Not der beamteten Staatsdiener zu beheben.

Diese also stünde, wenn nicht gegen Erwarten doch noch irgend welche Widerstände sich geltend machen sollen, vor der Vollendung. Um so bitterer aber, das ist menschlich zu verstehen, empfinden andere, die im Reichs- und Staatsdienst zwar nicht mehr stehen, aber ein Leben lang gestanden haben, die Altpensionäre, die Tatsache, daß man ihrer und ihrer Not sich bislang so gar wenig angenommen hat.

Zu vielen Tausenden und Zehntausenden sitzen diese Alten im Reich verstreut. Ihre Pensionen sind zum Teil zu Zeiten festgesetzt, wo die Gehälter noch nicht einmal annähernd so hoch waren, als in der letzten Periode vor dem Kriege. Teuerungszulagen sind ihnen erst später gewährt worden als den aktiven Beamten. Und als sie ihnen gewährt worden sind, geschah es nur mit einem Teil der Teuerungszulagen, und nur zugunsten eines Teils der Pensionäre, nämlich nur nach Prüfung der Bedürftigkeit, auf Antrag.

In einer Zeitungsnotiz über diese Sachlage hieß es unlängst, den Altpensionären wäre es schmerzlich gewesen, daß niemand in der Nationalversammlung bislang ihrer gedacht habe. Das ist ein Irrtum. Am 1. August 1919 hat der Abg. Dr. Otto Most (Deutsche Volkspartei) zur Beamteninterpellation gesprochen: „Wir wünschen, daß man die Hinterbliebenenfürsorge und die Altersfürsorge der Beamten neu orientiert. Es ist doch geradezu ein Unding wie man bisher verfahren ist, daß man wegen der jeweiligen Teuerung dem aktiven Beamten sein Gehalt erhöht, dagegen beispielsweise die Witwe des vor Jahren verstorbenen Beamten (und ebenso den Pensionär) auf den alten Sätzen sitzen und damit natürlich in vollkommen unauskömmlichen Verhältnissen verharren läßt. Ich möchte wünschen, daß künftig die Pensionäre und die Hinterbliebenen automatisch an allen Besoldungsreformen teilnehmen."

Der Grundsatz des wirtschaftlichen Bedürfnisses soll maßgebend sein für die Bemessung des Beamtengehaltes. Sie soll so erfolgen, daß der Beamte von ihm mit den Seinigen in einer seinen berechtigten Ansprüchen entsprechenden Weise zu leben vermag. Für das Alter Ersparnisse zu machen, liegt weder in der Möglichkeit noch im Grundgedanken des Systems. Die Altersfürsorge übernahm der Staat, und zwar dadurch, daß er zwar nicht das volle Gehalt, wohl aber bestimmte Prozentsätze davon bis zum Lebensende gewährte; und zwar, da sich in normalen Zeiten der Geldwert während kürzerer Zeit sich nicht allzu sehr zu verschieben pflegte und man im allgemeinen mit einer solchen „kürzeren" Dauer des Pensionsbezugs zu rechnen hatte, bestimmte Prozentsätze des letztbezogenen Gehalts. Dagegen war zu normalen Zeiten nichts zu sagen. Wie anders aber jetzt! Der Staat hat durch die Gewährung von Teuerungszulagen, die unter besonderen Verhältnissen, wie bei besonders niedrigen Gehaltssätzen und beim Vorhandensein zahlreicher Kinder, das Mehrfache des Gehalts betragen, dessen totale Unzulänglichkeit anerkannt. Er gewährt den aktiven Beamten die Teuerungszulagen allgemein, ohne besonderen Antrag, ohne Prüfung der Bedürftigkeit. Er räumt den aktiven Beamten den Anspruch darauf als Entgelt für seine Dienste ein. Hat der, der diese Dienste zwar nicht mehr leistet, aber sein ganzes Leben hindurch geleistet hat, nicht auch einen Anspruch auf eine der wachsenden Teuerung entsprechende Erhöhung seiner Bezüge? Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Und es ist verdient, soll nicht erbettelt werden. Ist es eines Mannes oder einer Frau, die geglaubt haben, als Beamte, Lehrer und Lehrerinnen durch Pflichterfüllung sich für das Alter zu sichern, würdig, nun erst zu bitten und das „Bedürfn's nachprüfen zu lassen"? Beim aktiven Beamten geschieht es doch auch nicht. Die damals im August v. Js. gestellte Forderung sei darum jetzt wiederholt: Die Altpensionäre voll teilnehmen zu lassen an den Segnungen der demnächstigen und der künftigen Besoldungsreform; Anerkennung des Grundsatzes, daß es sich dabei nicht um eine einzelnen zugute kommende, andern dagegen zu versagende Wohltat handelt, sondern um ein ebenso gutes moralisches Recht aller, wie es dasjenige der aktiven Beamten ist. Diesen sei herzlich vergönnt, was jetzt nun endlich zur Besserung ihrer Notlage geschieht; aber auch jenen sei es nicht vorenthalten! Die Altpensionäre können nicht streiken. Es sind vielleicht zum guten Teile Leute, die man heute zu „Reaktionären" rechnet, weil sie nicht die Ideale ihrer Jugend- und Mannesjahre über Bord zu werfen imstande sind. Sie sind aber alles Männer und Frauen, die ihr Bestes dem Staate, der Allgemeinheit geopfert haben, und es würde dem Bruch gläubigen, lebenslangen Vertrauens, ja den Bruch eines ungeschriebenen Rechts bedeuten, wenn man diesen ihre Wünsche nicht erfüllt.

Regierung und Nationalversammlung haben daher die Pflicht, die schwere Notlage dieser Männer und Frauen zu beseitigen und wieder etwas Sonne in das düstere Leben jener „Alten“ zu bringen, denen wir mehr verdanken, als die Mehrzahl heute gemeinhin anzuerkennen geneigt ist.

Mit zwei „Füßen“.

Der Sommer 1919 war, so lesen wir in den Spalten der Köln. Zeitung, nicht fröhlich. In den Tälern kroch der Unmut, brütete der Gram. Kein Wunder, daß die Menschen, wenn die Stadtluft sie auf einen Tag entließ, in Scharen auf die Berge flüchteten.

An einem Sonntag bin ich mitgeflüchtet. Das Ziel war Deutschland höchster Berg, die Zugspitze. Eine Massenwanderung im Tal mag hingehn. Die Berge aber wählen. Gut die Hälfte blieb in der engen Partnachklamm schon stecken. Ein weiteres Viertel tat, als sei der Raintalhof von Anbeginn ihr Ziel gewesen. Vom letzten Viertel fiel die Hälfte an der Knorrhütte ab. Ein Achtelsrest ist noch kein übler Durchschnitt, wenn's das Höchste gilt.

Schon vom Bahnhof weg gab's ein Getuschel unter Schnattergänsen: „Hih, der Mensch dort vorne, wie der komisch geht, hihi.“

Hinter der Klamm meinte ein Eisbepickelter sachlich, den Pomadenschädel wiegend: „Sollt mich wundern, wenn der Mensch mit seinem steilen Gang noch einen Kilometer aushält — was meint Ihr, Führer?“

Der zweite Führer, der im Krieg gewesen war, sagte langsam: „Als ob's überhaupt auf die Füß' ankäm.“

„Hier sollte eine Warnungstafel stehn,“ spottete ein G'schneckelter: „Für Leute mit blödem Gangwerk ist der Aufstieg untersagt.“

„Häbä, guter Witz,“ lachte einer aus Hamburg auf, „dann steigt man hierzulande wohl mit Händen auf die Berge, was?“

„Nein, mit dem Kopf — die Füß' tun, was der Kopf will — die stärksten Füß' mit einem schwachen Kopf sind zwei faule Stumpen.“

Wieder wollte einer lachen. Aber die Felsen links und rechts waren düsterstumm geworden. Sie saugten ihm das Lachen weg.

„Er tut mir leid,“ sagte eine Gutmütige, „so allein wie er geht, man sollte —“

„Na, dann tröste ihn, Leonie, eh' er umfällt.“

Er fiel nicht um. Aber die sich seinetwegen aufgeplustert hatten, fielen ab. Sie wollten in der Knorrhütte rasten. Aergerlich-hochachtungsvoll sahen sie dem Steifen nach, der gleichmäßig weiterging: „Was er wohl ist, Hannsheinz?“

„Gott, irgend so'n kleiner Bankbuchhalter, der sich's in den Kopf gesetzt hat, auch einmal auf eine Spitze —“

„Dummes Zeug — in Grund und Boden hat er uns gegangen — schämen sollten wir uns, daß —“

„Also weiter!“ ächzte der Dicke. Schnaufend, hastend suchten sie ihn einzuholen.

„Nicht so,“ mahnte der Führer.

„Wie denn?“

„So.“ Er deutete auf den Steifen dort und sein gemächlich Steigen.

Und dann waren wir droben. Schwitzend, schnappend die einen, etwas bleich der Steife. Für alle tat sich eine Riesenfernsicht auf und groß ihr Herz zum Ueberfließen voll, so groß und klein es war.

Alle hatten sich gesetzt. Nur der Bleiche stand abseits und kerzengerade. Jetzt riß es ihm die Arme hoch, ins Land hinaus, umfangend: „Du!“ kam es leise durch die dünne Luft zu uns.

„Also 'n Schauspieler,“ sagte jemand, „gehen wir hinein, ich habe 'n blödsinnigen Appetit, Kinder.“

Als sie gegessen hatten, fragte einer satt: „Noch was Merkwürdiges hier oben, Führer?“

„Das Observatorium.“

„Gott, das haben wir auch in der Stadt — ich meine etwas, was man nicht alle Tage —“

Der Führer hatte die Tür geöffnet. Man sah in eine Ecke des Schlafraums. Zwei Füße standen dort, zwei Kunstfüße aus Leder, Stahl, Filz, Porzellan.

Uns war, als fahre uns eine Hand aus Eis ans Herz. Nur der Hamburger versuchte zu lachen: „Komisch, hier oben scheint 'n Orthopädenfritze eine Handelschaft zu treiben mit —“

Die Tür war weiter aufgegangen. Auf der Matratze saß ein Mensch. Ruhig hingenommen vom Knie zwei Stümpfe abwärts. Lächelnd wies er mit dem Kopf zur Ecke: „Es sind meine Füße, sie wollen auch ein wenig rasten ...“

Klirrend fielen Messer und Gabel auf die Teller. Eine Fernsicht tat sich auf, die größer war als draußen. So gewaltig die Natur war, gewaltiger war der Mensch, der Mensch.

Auf der Loretohöhe lag sein eigner Fuß, der andere moderte am Njemen. Auferstanden auf der höchsten Spitze seiner Heimat, glänzten sie mit ihren blanken Schienen wohlgemut zu uns herein.

Der Hamburger hatte sich erhoben. Nicht Neugier wars, die ihn die hohlen Schäfte heben ließ. Da war kein Spott mehr, da war Ehrfurcht.

Er hat uns dann beim Abstieg eingestanden, was ihn aus den hohlen Schäften angeblickt hat. Das ganze Deutschland hat ihn angeschaut. Das Land, dem sie im Westen einen Fuß vom Leib getrennt. Das Land, dem sie im Osten auch das andere Bein gekürzt. „Erledigt!“ tönt das Siegesgeschrei am Seineufer, „mit zwei Stümpfen hat man ausgespielt für alle Zeiten!“ Ein wenig mag es noch im Tale steif und komisch zwischen Sümpfen humpeln, und dann —“

Und dann? Hört ihr's stampfen zwischen steilem Kaminewände? Ein Volk mit zusammengebissenen Zähnen will wieder in die Höhe.

Und dann? Seht ihr's einsam durch erbarmungsloses Felsgewirre schreiten? Ein Volk mit abgeschnittenen Füßen fährt zu Berg.

Und dann? Sie bleiben hinten, die's verspottet haben. Schnaufend, ächzend rennen sie dem steilen Gleichschritt nach. Steil geht der Weg hinauf. Die Stümpfe stampfen.

Schwindelnd sitzen Völker auf dem Hochgrat. Abseits steht ein bleiches Volk und kerzengerade. Jetzt reißt es ihm die Arme hoch, hinaus, umfangend, sein Land umfangend, sein ganzes Land: „Du .... du! ...“

Die Frau als Schöffe und Geschworene.

Von Dr. jur. Anna Mayer.

Der vor kurzem erschienene Entwurf einer Gerichtsverfassungsnovelle enthält die Neuerung, daß künftig auch Frauen als Schöffen und Geschworene bei der Urteilsfällung mitwirken sollen. Zu dieser wichtigen Bestimmung sind von seiten der Männer schon die verschiedensten Ansichten, zustimmende und ablehnende, laut geworden; die „Politische Arbeitsgemeinschaft der Frauen von Groß-Berlin“, zu der Frauen aller Parteien gehören, wird nun im März eine Kundgebung veranstalten, in der die Frauen ihre Meinung zu dieser Frage äußern sollen. Bei der Bedeutung, die die Angelegenheit für alle Frauen hat, ist eine möglichst starke Beteiligung von Frauen aller Kreise dringend erwünscht.

Die Kundgebung wird sich zunächst mit der Kritik des Gesetzentwurfs zu beschäftigen haben. Dieser sieht bekanntlich die Zuziehung der Frauen als Schöffen und Geschworene nur für solche Fälle vor, in denen Frauen oder Jugendliche unter 18 Jahren abgeurteilt werden. Diese Bestimmung ist juristisch nicht unbedenklich, da durch sie besondere Gerichte für Männer und besondere Gerichte für Frauen geschaffen werden, während unsere Rechtspflege sonst in Uebereinstimmung mit der jetzigen Reichsverfassung der Einrichtung von Sondergerichten jeder Art mit Recht ablehnend gegenübersteht. Wenn nun aber zur Rechtfertigung der erwähnten Bestimmung des Gesetzentwurfs die Behauptung aufgestellt wird, „Frauen dürften nicht über Männer zu Gericht sitzen“, so bedeutet das die Hervorkehrung eines unzeitgemäßen, überwundenen Herrenstandpunktes der Männer, der nicht zum Nutzen der Sache geltend gemacht wird. Damit wird die Frage auf ein persönliches Gleis geschoben, und das kann leicht dazu führen, daß die Frauen aus Widerstand gegen diesen, sie herabsetzenden Standpunkt die Gleichberechtigung mit den Männern aus Prinzip fordern, eine Stellungnahme, die im Interesse der Sache durchaus unerwünscht ist. Die Männer handeln unklug, wenn sie sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht entschließen können, einen Herrenstandpunkt aufzugeben, den sie auch in wirtschaftlichen Dingen preisgeben mußten, und dessen Aufrechterhaltung die Frauen nur mit Befremden und Bitterkeit erfüllen kann.

Die Frage, ob und in welchem Umfang Frauen zum Amt des Schöffen und Geschworenen heranzuziehen sind, muß vielmehr einzig und allein danach beurteilt werden, ob und inwieweit von ihrer Heranziehung ein günstiger Einfluß auf die Rechtsprechung und damit ein Nutzen für die Gesamtheit zu erwarten ist.

Die Heranziehung der Frauen zu Akten der Rechtspflege ist auch in Deutschland nichts völlig Neues mehr. Seit März v. Js. gibt es zwei weibliche Beisitzer am Hamburger Vormundschaftsgericht. Dieses ist nämlich nach Art der Schöffengerichte eingerichtet: der Vormundschaftsrichter trifft seine Entscheidungen gemeinsam mit zwei Beisitzern, Laienrichtern, die an allen Sitzungen und Amtshandlungen des Vormundschaftsrichters teilnehmen. Sie haben das Recht der Fragestellung, sie nehmen Einblick in die Akten und tragen für alle Verfügungen und Entscheidungen des Vormundschaftsrichters dieselbe Verantwortung wie dieser. Unter den zwölf Beisitzern, die an der Hamburger Vormundschaftsbehörde ehrenamtlich tätig sind, arbeiten nun seit Jahresfrist zwei Frauen, und schon jetzt zeigt es sich, daß der weibliche Einfluß und das weibliche Urteil eine höchst wünschenswerte Ergänzung der bisher rein männlichen Richtertätigkeit bildet.

Die Zuziehung der Frauen als Schöffen und Geschworene an die Strafgerichte würde ein weiterer Schritt auf dem begonnenen Weg sein, ein Schritt, dessen Bedeutung und Wert sich selbstverständlich erst durch die Praxis erweisen muß, dem aber wesentliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Die Frauen haben im allgemeinen ein sehr ausgesprochenes Gerechtigkeitsgefühl, das oft stärker ist, als das der Männer, vielleicht, weil ihr Rechtsgefühl noch natürlicher ist; man findet ja auch bei Kindern meist ein sehr entschiedenes Gerechtigkeitsgefühl. Die besondere weibliche Anlage führt dazu, Verbrechen, die aus Roheit und Gemeinheit begangen werden, sehr streng zu beurteilen, während die Frau gegenüber solchen Verbrechen, zu denen Not oder Schwäche den Menschen treib, besonders nachsichtig sein wird. Jugendliche und ihr eigenes Geschlecht wird sie sicher häufig besser und richtiger beurteilen als der Mann; man erinnere sich bekannter Prozesse gegen durchtriebene und in Verstellungskünsten geschickte Frauen, wie z. B. der gegen Frau Steinheil, deren Freisprechung vor einem Frauengerichtshof zweifellos niemals erfolgt wäre. Auf der anderen Seite werden Frauen für die verzeihlichen Schwächen ihres Geschlechts eine gerechtere Beurteilung haben als der Mann. Daß weibliche Schöffen und Geschworene sich gelegentlich zu einer milderen Beurteilung eines männlichen Angeklagten bestimmen lassen als der männliche Laienrichter, ist möglich; anderseits wird der brutale, gemeine Mann in den Frauen mit Recht sehr scharfe Richter finden. Männer und Frauen urteilen eben über Handlungen und Verbrechen häufig verschieden, wer aber will entscheiden, ob das eine oder das andere Urteil das richtigere ist? — In gewissem Sinn ist sowohl das männliche wie das weibliche Urteil einseitig, da jedes Geschlecht eben nur eine Seite des Typus

„Mensch" darstellt; die Verbindung beider Urteile erst ist das „menschliche" Urteil. Und wie wir den Staat aus einem rein männlichen Gebilde durch den Einfluß der Frau zu einem „menschlichen" umwandeln wollen, so wollen wir auch die Rechtspflege zu einer „menschlichen" machen und dazu gehört, daß die Frauen neben den Männern bei der Urteilsfällung mitwirken.

Ein Reisebrief.

Ein deutscher Philologe, der längere Jahre in Guatemala tätig war, aber das Land verlassen mußte, um in Barcelona, in Spanien, eine neue Stellung anzunehmen, schreibt einem Siegener Freund und Studiengenossen über seine Eindrücke auf der Schiffsreise:

Den ersten Teil meiner Reise auf dem Pazifik habe ich hinter mir, auf amerikanischem Dampfer als einziger Deutscher. Ein Teil der Yankees, Offiziere und Passagiere, behandelte mich mit unverhohlenem Haß und Verachtung, der andere höflich, alle Südamerikaner dagegen mit Güte und Freundlichkeit; ein Mexik warnte mich direkt vor denen, die offen in Deutschenhaß machten. Geliebt hat man uns ja eigentlich nie, aber nach Waffenstillstand und Revolution ist zum Haß die Verachtung gekommen. Und wie mir scheint mit Recht, denn welches Volk untersucht vor Gericht die „Verbrechen", die im Auslande von früheren Beamten begangen, die damit ihr Bestes zu tun glaubten und teilweise dafür heute noch im Loch sitzen. Ein solches Vorgehen unter der Marke: wir wollen uns gut betragen und mit allem erträumen, was sich etwas zuschulden kommen ließ, schafft uns nur Verachtung. Das möge sich die Regierung zu Hause gesagt sein lassen. Ich habe wenigstens noch nicht gehört, daß England und Frankreich solche Gerichtshöfe eingesetzt hat. Doch genug davon. Aerger gedeiht in der Hitze noch schlechter. Also im übrigen verlief meine Reise ruhig; mein Kabinengefährte, englischer Mineningenieur, der nach Bolivien ging und mir in einer Unterhaltung sofort bewies, daß wir diese Katastrophe nur der Schwäche gegen die revolutionäre Stimmung im Inneren verdankten. Wenn er mir erzählen wollte, was und wie bei ihnen im Inneren verfahren worden wäre, würde ich Augen machen; im übrigen war er ein glühender Amerikanerhasser. Da wir einen Hafen angelaufen, in dem gelbes Fieber war — in Nikaragua —, kamen wir beim Einlaufen in den Kanal in Quarantäne. Die Behandlung war gut. Dort wurde ich übrigens auch vor der amerikanischen Polizei einem langen Verhör über Zweck und Ziel meiner Reise unterworfen sehr eingehend, aber sehr höflich und taktvoll. Bemerkenswert erschien mir nur die Frage, ob ich in Spanien die Nationalität zu wechseln gedenke. Nun wärme ich hier in dieser wahrhaften Höllenglut Panamas auf meinen spanischen Anschlußdampfer, der mich am 26. Dezember von Colon über Columbien—Curacao—Venezuela—Puerto Rica—Canarische Inseln—Cadiz nach Barcelona bringen soll. Es ist übrigens ein schöner großer Kerl, 12 000 To. Deutsche Dampfer und unsere olle gute Flagge sieht man ja nicht mehr, den neuen Lappen würde ich ohnehin nicht anquken. Als wir am vorigen Samstag Morgen in den Kanal bei Balboa einliefen, freute sich jeder aus der internationalen Gesellschaft über seinen Heimatswimpel, sogar zwei große Japaner lagen vor dem Kanal; nur ein deutsches Schiff war nicht mehr zu sehen. — Nun in unserer Marine fing's ja an, nun werden sie im selben Verhältnis abwärts als arbeitende Seeleute unter fremder Flagge behandelt, wie ich als Passagier. — Man kann in der Hitze weder recht denken noch schreiben, besonders wenn die Galle gereizt ist, wie es ja bei jeden ist, der hier in den Tropen jahrelang gelebt hat. Die Hitze ist auch hier ganz schlimm. Von 16 bis 5 Uhr schwitzt man verschiedene Hemden durch, auch wenn man gar nichts tut. Glücklicherweise habe ich hier einen sehr interessanten Gefährten, der aus hoher Stellung von drüben kommt und mir viel erzählen konnte. Ueber manches konnte ich nur in stiller Trauer den Kopf schütteln und glaube in trüber Stimmung jetzt eigentlich noch mehr, daß wir zu den Völkern gehören, die als aktiv tätig in der Weltgeschichte einstweilen erledigt sind. Dem Tun und Treiben drüben stehe ich vor der Hand ohne Verständnis, ohne Mitgefühl, vielleicht mit herzloser Kälte gegenüber und frage mich nur immer, wie mich besonders die Freunde unserer Sache hier draußen gefragt haben: Wie konnte das Volk so herunterkommen? Wie meine Zukunft sich gestaltet, weiß ich auch nicht; da ich ohne Weib und Kind bin, ist mir auch das gleichgiltig. Wahrscheinlich werde ich im Auslandsschuldienst bleiben und ich hoffe dann nach einiger Zeit in B. nach Süd-Amerika zurückzukehren. Ich glaube so entschieden am festen meiner Gesinnung nachleben zu können.

Die Politik der Woche.

Im Erzberger-Helfferich-Prozeß steht das Urteil noch aus, aber seine „Findung" ist eine reine Formsache. Die öffentliche Meinung ist — und zwar in beiden Lagern, das ist das entscheidende — mit ihrem Urteil bereits fertig. Was das Gericht noch zu erledigen hat, sind Anforderungen jenes Juristenrechts, dem der gemeine Mann fremd und verständnislos, nicht selten auch feindselig gegenübersteht. Der gemeine Mann hat kein Verständnis für die feinen Unterscheidungen, die er machen soll, ob einem Angeklagten der Wahrheitsbeweis zu 89 Prozent oder nur zu 90 Prozent gelungen ist. Daher kann es sich für das Urteil der öffentlichen Meinung auch nur mehr um Schattierungen handeln, je nachdem das richterliche Urteil auf so und soviel Mark Geldstrafe oder auf Freisprechung lautet. Dieser Prozeß war, wie der eine der öffentlichen Ankläger zutreffend feststellte, durch und durch ein politischer Prozeß. Das will sagen, das richterliche Verfahren gab nur den Rahmen ab, worin sich ein politischer Klärungsprozeß vollzog. Und für diesen politischen Kern des Prozesses war nichts kennzeichnender als die Frage, die einem Zeugen aus der Erzberger-Partei herausfuhr: „Wer ist der Angeklagte?" Der Angeklagte war von Anfang an nicht der, den die Staatsgewalt pflichtgemäß anklagen mußte. Daher war der politische Prozeß in dem Augenblick beendet, wo auch die Staatsanwaltschaft darauf verzichten konnte und mußte, im Angeklagten des Gerichtsprozesses den wahren Angeklagten zu sehen. Es ist gewiß anzuerkennen, daß die Staatsanwälte der Ueberzeugung, die sie sich pflichtgemäß hatten bilden müssen, ohne Menschenfurcht Ausdruck gaben. Denn beliebt machten sie sich bei den Machthabern der Republik gewiß nicht. Im Gegenteil, wenn es allein vom Wunsch und Willen der republikanischen Machthaber abgehangen hätte, dann wär's zu einem Prozeß Erzberger-Helfferich nimmer gekommen. Weder der Reichspräsident Ebert, noch der Reichskanzler Bauer, noch einer der Reichsminister hat zur rechten Zeit — nämlich spätestens an dem Tage, wo Helfferichs Broschüre erschien — das kategorische Verlangen zu stellen gewagt, daß Erzberger klage. Wochen- und monatelang haben sie dem Drückeberger Zeit gelassen, sich festzustellen. Erzberger hätte die schwersten Verbalinjurien in christlicher Demut auf sich sitzen lassen und die ganze hohe Reichsregierung wäre mit ihm bereit gewesen, stumm zu dulden und Böses mit Gutem zu vergelten, wenn nicht die öffentliche Meinung die Klage erzwungen hätte. Und als es dann endlich soweit war, da war niemand in der Reichsregierung, der soviel Voraussicht und den dazu gehörigen Mannesmut gehabt hätte, zu fordern, daß der beschuldigte Minister sein Amt wenigstens so lange abgebe, bis er seine Ehre reingewaschen habe. Ist die Kopflosigkeit innerhalb der Regierungsparteien doch immer noch so groß, daß sie die schweren Schläge, die auf die Regierungspolitik niedersausen, nicht anders zu parieren wissen, als durch das Zetergeschrei: „Aber Helfferich ist doch auch kein Unschuldsengel." Das ist er gewiß nicht. Aber manche werden geneigt sein, ihm manches zu verzeihen, um des Verdienstes willen, einen Reichsschädling unschädlich gemacht zu haben, um den die regierende Mehrheit einen doppelten und dreifachen und zehnfachen Schutzring gebildet hatte.

*

Der Sturz Erzbergers und sein zu erwartender Rücktritt hat in der Reichsregierung einen krisenähnlichen Zustand geschaffen. Selbst der „Vorwärts" gibt diese Tatsache zu, und um der Sache gleich von vornherein das richtige parteipolitische Mäntelchen umzuhängen, spricht er von Bemühungen der Großindustrie gegen die Politik des Reichswirtschaftsministeriums, besonders in der Kohlenpreisfrage, um bald darauf festzustellen, daß sich auf dem rechten Flügel des Zentrums eine gewisse Koalitionsmüdigkeit geltend mache, die es aber doch nicht daran hindere, einen Kandidaten für das wieder zu errichtende Reichsernährungsministerium in Aussicht zu nehmen. Er erwähnt ferner das Verlangen der Demokraten, die Ministerien mit Fachministern zu besetzen, um bei dieser Gelegenheit den preußischen Eisenbahnminister Oeser zu bescheinigen, daß er weder Eisenbahnfachmann, noch seinen Aufgaben in Preußen gerecht geworden sei. Die Trennung des Reichsernährungsministeriums vom Reichswirtschaftsministerium sei für die Sozialdemokratie undiskutabel, wobei wiederum der Großindustrie einige Seitenhiebe versetzt werden. Das Reichswirtschaftsministerium müsse unter allen Umständen der Sozialdemokratie verbleiben. Die Verschärfung des Kampfes um dieses Ministerium würde die Koalition einer schweren Belastungsprobe aussetzen. Auch die Sozialistische Korrespondenz betont, daß der Versuch, dieses Ministerium durch einen Zentrumsfachmann — der Fachmann wird dabei koalitionsfreundlicherweise in Anführungsstriche gesetzt — zu besetzen, von der Sozialdemokratie durch Stellung der Kabinettsfrage zurückgewiesen werden müsse. Anderseits stellt sie den ganzen bisherigen organischen Aufbau der Reichsregierung in Frage, deren Aktionsfähigkeit im Sinne des früheren Ministers Wissell bezweifelt wird. Das feste scheine zu sein, angesichts des wahrscheinlichen Ausscheidens von Erzberger und der Vakanz im Reichsschatzministerium noch vor den Wahlen ein Kabinett zu bilden, das durch die hervorragende Tüchtigkeit jedes einzelnen seiner Mitglieder ein gutes Teil der oppositionellen Demagogie von vornherein wirkungslos mache. — Noch vor den Wahlen — das läßt tief blicken! Im übrigen wird auch die „oppositionelle Demagogie" sich aufrichtig freuen, wenn es den Mehrheitsparteien gelingt, für jeden Posten, den sie zu vergeben haben, einen tüchtigen Mann zu finden. Ob sie aber wirklich glauben, dieser Forderung des Tages genügen zu können, wenn sie dabei beharren, die zu treffende Auswahl von der Zugehörigkeit zu einer der Koalitionsparteien abhängig zu machen?

*

Die Deutsche Volkspartei hat gemeinsam mit den Deutschnationalen in der National-Versammlung einen Antrag eingebracht, der die Mehrheitsparteien auf eine entscheidende parlamentarische und politische Gewissensprobe stellen wird. Der Antrag fordert, daß die National-Versammlung, die ja bekanntlich souverän ist, sich zum 1. Mai auflöst. Die deutsche National-Versammlung hat schon wesentlich ihre ursprüngliche Bestimmung überschritten. Immerhin ließ sich die Verlängerung ihrer Lebensdauer mit der Dringlichkeit gewisser gesetzgeberischer Arbeiten begründen. Nun aber ist der Zeitpunkt unweigerlich gekommen, in dem die National-Versammlung sich selbst ein Ziel setzen muß, wenn sie nicht in den schärfsten Widerspruch mit dem Geist und Wesen der parlamentarischen Verfassung und mit den weitesten Schichten der Bevölkerung geraten will. Denn dem deutschen Volke sind in den Monaten, die seit der Revolution verflossen sind, die Augen weit aufgegangen, und es sieht heute die Dinge ganz anders an, als im Januar vorigen Jahres. Wenn man ihm heute noch die Mehrheitsverhältnisse der National-Versammlung aufzwingt, so tut man damit den Anschauungen und dem Willen, von denen es heute beseelt ist, schlimmste Gewalt an. Darum

ist es geradezu ein Verbrechen an dem Geist d parlamentarischen Systems, wenn sich Regierung und Mehrheitsparteien gegen die Anerkennung der wahren Volksmeinung sträuben, die ihnen aus jeder Wahl wie ein flammender Protest entgegenschlägt. Es ist Absolutismus im schlimmsten Sinne des Wortes, wenn Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum weiter regieren, ganz so, als sei ihre parlamentarische Herrschaft nicht längst bis in ihre Grundlage erschüttert. Wir fordern Neuwahlen, damit endlich der wahre Wille und die wahre Auffassung des deutschen Volkes wieder zur Geltung kommen. Wir fordern auch Neuwahlen, damit endlich mit der Arbeit des positiven und praktischen Wiederaufbaues begonnen werden kann. Die parlamentarische Mehrheit, die heute die Regierung bildet, genießt weder die Autorität, noch das Vertrauen, die unerläßliche Vorbedingungen wirklichen positiven Schaffens sind. Das ist nur natürlich, denn jedermann weiß, daß sie sich ein Regierungsmandat anmaßt, das ihr längst nicht mehr zukommt. Soll endlich der Wendepunkt zum Besseren eintreten, so müssen unbedingt in kürzester Frist neue Regierungsgrundlagen geschaffen werden, die fest im Volkswillen wurzeln und der Regierung gestatten, mit Autorität und mit dem Anspruch auf Vertrauen im Inlande und Auslande aufzutreten.

*

Die fiskalische und vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern soll nach modernem Muster verschoben werden. Es handelt sich hier ganz selbstverständlich um eine Frage, die nur zwischen Preußen und seinem ehemaligen Königshause zu regeln ist. Die Sozialdemokraten möchten dem letzten Hohenzollern keinen Pfennig von seinem wohlerworbenen und in langen Geschlechterreihen hart ersparten Privatvermögen herausgeben. Möchten alles für sich behalten. Arbeitslosenunterstützung wollen diese Edlen dem Manne und seinem Hause bewilligen, dessen Vorfahren in 500jähriger zäher Kolonisationsarbeit das Staatengebilde geschaffen haben, das die Machthaber vom 9. November dauernd und erfolgreich in Grund und Boden wirtschaften. Arbeitslosenunterstützung — ist es nicht, um von der Scham geschlagen zu werden? Ein solches Wort vor die Welt zu tragen, die nicht nur aufstaunen, sondern sich auch von einem solchen Worte in berechtigtem Ekel abwenden wird. Das blieb einem Manne vorbehalten, der einmal als roter Kultusminister vor diesem Lande gestanden hat; blieb dem Zehngebote-Hoffmann vorbehalten, der sich damit aber in nichts von seinem in der Farbe etwas blasseren Bruder Graef unterschied. Einer ist so gehässig, so niederträchtig, so gemein, wie der andere. Einer will dem König ebensowenig wie der andere geben, was des Königs ist, trotzdem dieser König in diesem Falle nur ein preußischer Staatsangehöriger ist, wie jeder beliebige Herr Müller oder Schulze ... Mit berechtigtem Unwillen rückten darum nicht nur die Parteien der Rechten — diese selbstverständlich! —, sondern auch die Demokraten und das Zentrum von der Galle dieser Schmutziane ab. Was zu viel ist, ist zu viel! Selbst für die sonst auf Gedeih und Verderb zusammengekuppelte Regierungsgesellschaft ... Die traurigste Rolle in diesem traurigen Schauspiel hatte Herr Südekum übernommen. Er, der sich bis dahin für den Regierungsentwurf über die Auseinandersetzung mit der Krone stark gemacht hatte, kniff nach allen Regeln der Kunst unter dem Ansturm der Roten beiderlei Geschlechts und erklärte sich auch mit einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage einverstanden. Als wenn sich das Reich in diese rein preußische Angelegenheit einzumischen hätte! Aber die Herren vergessen eins: schließlich hat auch die Krone noch ein Wort mitzusprechen. Und wenn sie, die sich bisher auf der ganzen Linie entgegenkommend gezeigt hat, nun aufbegehrt? Dann gibt es Prozesse über Prozesse, und wer da den Kürzeren zieht, das dürfte dann nicht zweifelhaft sein.

Aus Welt und Zeit.

Wie es im besetzten Gebiet zugeht

Von durchaus zuverlässiger Seite werden uns folgende Vorgänge mitgeteilt, die sich in Wiesbaden ereignet haben, und die für das ganze Besetzungsgebiet bezeichnend sind: Ein junges Mädchen wurde von einem Schwarzen angegriffen. Er wollte es mitschleifen. Das Mädchen widersetzte sich energisch, und der Schwarze schoß es auf der Stelle nieder. Dies geschah mitten in der Stadt am hellen Tage. Dieser Kerl soll dann festgenommen worden sein von seinen Leuten, aber was nutzte das dann noch? — Ein junges Ehepaar ging nachts nach Hause auf der Taunusstraße. Ein Franzose belästigte die junge Frau und war nicht abzuschütteln. Er schlug den Herrn, dieser setzte sich mit dem Stock zur Wehr und traf den Franzosen übers Auge. Darauf pfiff der Franzose auf der Signalpfeife, und von allen Seiten kamen nun die Kameraden. Man traktierte das Paar so lange, bis es am Boden lag. Und dann wurden beide mit Füßen getreten, bis sie bluteten. — Auf Beschwerden gibt es bloß Achselzucken. Vor kurzem wurde eine mir bekannte alte Dame von 82 Jahren von der Schildwache vom Fußbürgersteig heruntergestoßen, daß sie auf die Straße fiel und heute noch unter dem Fall zu leiden hat. Bei der holländischen Instanz um Rat gefragt, ob denn dagegen gar nichts zu machen sei, wurde der Rat erteilt: „Schweigen Sie, Sie erreichen gar nichts, im Gegenteil, Sie werden dadurch mit Namen bekannt und lenken die Aufmerksamkeit auf sich, und es ist besser, man macht sich heute gar nicht bekannt und auffällig." — Mit anderen Worten: man wird Gegenstand von Schikanen.

*

Wie sag' ich's meinem Kinde?

Der Nationalfeiertag in Oesterreich war eine gute Gelegenheit, den republikanischen Hochgedanken in den Herzen unserer Kinder fest zu verankern. Bei der Schulfeier in einem Arbeiterbezirk Wiens wurde eine kleine dramatische Szene aufgeführt, die wohl verdient, für die Nachwelt festgehalten zu werden. Fünf Schüler der 1. bis 5. Klasse betreten das Podium und leiern ihr wohlverstandenes Sprüchlein herunter:

Schüler der 1. Klasse: Ich weiß nicht, warum ich heute so fröhlich bin?

Schüler der 2. Klasse: Ich weiß es schon: weil wir keinen Kaiser mehr haben!

Schüler der 3. Klasse: Und weil wir jetzt keinen Zwang mehr erdulden müssen!

Schüler der 4. Klasse: Und weil wir jetzt alle Bürger einer freien Republik sind!

Schüler der 5. Klasse: Wenn ich weiter so fleißig lerne, kann ich gewiß auch noch Präsident der Republik werden!

Ein Volk, das solche Dichter hat, kann nicht untergehen! Jedes Wort der Kritik würde den mächtigen Eindruck dieser markigen Sprache nur abschwächen!

*

„Der Dittelnamen-Doktor".

Seltsame Begriffe über den Doktor-Titel und seine Bedeutung scheinen vielfach in den Kreisen der Unaufgeklärten zu herrschen. Schreibt da jüngst ein biederer Kraftwagenführer an eine Dresdener Zentralbehörde folgenden Brief:

„Ich, Otto N. N., beabsichtige, mich einer Prüfung zur Erwerbung des Dittelnamens-Doktor zu unterziehen. Bin Kraftwagenführer und darf wohl behaupten, mir genügende Kenntnisse über die Auto-Technik erworben zu haben, so daß ich glauben muß, ein tüchtiger Mensch zu sein und einer Prüfung sicher entgegenkomme.

Um gütige Berücksichtigung bittet in seiner Ehrerbietung

Otto N. N.,
Chauffeur i. R."

Während andere also einen lebhaften Kampf gegen alle Titel und Würden führen, wünscht Herr N. N. sich den „Dittelnamen-Doktor", damit er seine Visitenkarte an seiner Haustür entsprechend verschönern kann. Wie man hört, sind die Behörden bereits dabei, zu ergründen, welche Bezeichnung für diesen Fall in Frage kommen kann. Folgende Vorschläge wurden bisher diskutiert: Dr. Chauff, Dr. Aut. Dr. Benz, Dr. Fix, Dr. Töff und Dr. Tutütata. Vielleicht kann einer unserer Leser zur Lösung dieser schwerwiegenden Frage behilflich sein, wenn nicht die Regierung vorziehen sollte, ein Preisausschreiben für die glücklichste Bezeichnung zu erlassen. ...

*

Preßfreiheit der U. S. P.

In einem Vortrag in der Rednerschule der U. S. P. in Würzburg wurde dargelegt, daß jeder Amtsbezirk ein Blatt herausgeben müsse, in das allein alle Anzeigen und Bekanntmachungen aufzunehmen seien. Den Privatverlegern müsse jede Anzeigeaufnahme verboten werden. Außerdem seien alle Amtsformulare für den Bezirk in dieser Druckerei herzustellen, wobei Riesengewinne zugunsten des Staates herauskommen würden. Es könnten dann Schulbücher und Schulhefte den Schulkindern kostenlos geliefert werden. „Wir U. S. P. verlangen zwar Preßfreiheit, können aber, wenn wir ans Ruder kämen eine strenge Zensur nicht entbehren. Die Presse, die sich auf Lügen ertappen läßt, muß mit Gewalt unterdrückt werden. Am besten macht man es so, wie es seinerzeit in Sowjet-Rußland geschah. Alle bürgerlichen Zeitungen werden zum Abgewöhnen auf ein Jahr verboten. Sie gehen dann ein, und wir können sie zu billigem Preise für unsere Provinzpresse aufkaufen."

*

Geographie im Auswärtigen Amt.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 33 war dieser Tage folgende Bekanntmachung zu lesen:

Das im Reichsgesetzblatt von 1907, Seite 279 abgedruckte, am 6. Juli 1900 in Genf unterzeichnete Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren ist von dem orientalischen Freistaat Uruguay ratifiziert worden; die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde ist am 25. November 1919 in Bern erfolgt.

Diese Bekanntmachung schließt sich an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 42) an.

Berlin, den 11. Februar 1920.

Der Reichsminister des Auswärtigen.
gez. Müller.

Wie wohl jeder, der eine deutsche Schule — auch Volksschule — absolviert hat, wissen sollte, gibt es in Südamerika eine kleine Republik Uruguay. Der amtliche Name dieses Landes lautet: „Republica oriental del Uruguay", d. h. zu deutsch: „Freistaat östlich des Uruguay", weil nämlich der Staat östlich des Flusses Uruguay gelegen ist, wie ein Blick auf die Karte von Südamerika lehrt. Wenn nun unser Auswärtiges Amt daraus einen „Orientalischen Freistaat Uruguay" macht und diesen Namen sogar im Reichsgesetzblatt erscheinen läßt, so ist die Annahme gerechtfertigt, daß im Atlas des Auswärtigen Amtes der Staat Uruguay wahrscheinlich auf der Karte des Orients, vielleicht in der Nähe von Siam oder bei den indischen Kleinstaaten zu suchen ist. Der Fehler in der Uebersetzung des amtlichen Namens „Republica oriental del Uruguay" liegt eben darin, daß man das Wort „oriental" als zu „Republica" statt zu „del Uruguay" gehörig angesehen hat. Wenn aber gerade das Auswärtige Amt derartige Schnitzer macht und noch dazu im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, so ist das nicht dazu angetan, das Vertrauen zu den Bearbeitern unserer auswärtigen Angelegenheiten, das doch gerade in jetziger Zeit von allergrößter Bedeutung ist, zu heben.

Aus der Partei.

Der Aufstieg der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei befindet sich durch den außergewöhnlichen Mitgliederzuwachs im ganzen Reiche in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Wöchentlich werden 30 und mehr neugegründete Ortsgruppen bei der Reichsgeschäftsstelle angemeldet. In wenigen Monaten sind weit über 300 neue Vereine bei der Zentrale angemeldet worden. Der innere Ausbau ist durch Zusammenfassung von Vereinen zu Kreisvereinen, von Wahlkreisverbänden zu Arbeitsgemeinschaften usw. gefestigt und gestärkt worden. 132 hauptamtlich angestellte Parteibeamte und -beamtinnen sind zurzeit in den einzelnen Verbänden tätig.

*

Die Deutsche Volkspartei an die Katholiken.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wird auf den 18. April 1920 nach Berlin einberufen werden. Der geschäftsführende Ausschuß, der Donnerstag in Berlin getagt hat, hat u. a. im Sinne der jüngsten Ausführungen des Professors Moldenhauer eine Kundgebung an die katholische Bevölkerung Deutschlands beschlossen, in der die Aufforderung ergeht, die Verquickung von Konfession und Politik aufzugeben und sich gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei, die keinerlei kulturkämpferische Neigungen hab[illegible]egen alle die Erscheinungen zu wenden, die unser Volk zersetzen, und mitzuwirken am Wiederaufbau Deutschlands.

*

Der Zug nach rechts in Hessen.

Nachdem die Kommunisten in Sachsen bei den Kommunalwahlen eine vernichtende Niederlage erlitten hatten, sind sie jetzt in ganz Hessen gegenüber den Ordnungsparteien unterlegen. In Darmstadt allein verloren sie 60 Prozent ihrer bisherigen Sitze, in Offenbach bis zu 80 Prozent. Dagegen haben die Deutschnationalen und die Bauernbündler sowie die Deutsche Volkspartei einen hohen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Auch die Mehrheitssozialisten hatten eine Stimmeneinbuße von 30 Prozent. Das bürgerliche Hauptorgan in Darmstadt erklärt, daß zweifellos die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung ein erhebliches Uebergewicht der bürgerlichen, besonders der nationalen Stimmen ergeben würden, und daß vielleicht die Sozialisten ganz aus der Regierung hinausgedrängt werden würden.

*

Deutsche Volkspartei und Koalitionsregierung.

Der Abgeordnete Dr. Marezki, Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung, geht in einem Artikel, den er in der Täglichen Rundschau veröffentlicht, auf die verschiedenen Möglichkeiten kommender Koalitionen unter den Parteien ein. Die Frage, ob auch die Deutsche Volkspartei sich an einer Regierungskoalition zu beteiligen haben werde, beurteilt Dr. Marezki folgendermaßen: „In der Tat kann die durch die Neuwahlen geschaffene politische Konstellation den Zwang mit sich führen, die Deutsche Volkspartei vor diesen Entschluß zu stellen, weil eine andere Mehrheitsbildung etwa aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Zentrum nicht zustande käme. In einer solchen Lage kann es zur Pflicht der in der Opposition stehenden nationalen Parteien werden, durch ihren Eintritt in die bisher bestehende Koalition den tatkräftigen Versuch zu machen, die von ihnen als richtig erkannten Grundsätze für den Wiederaufbau des Landes durchzusetzen, bevor das Reich wirtschaftlich und politisch gänzlich zugrunde gerichtet ist. Selbstverständliche Voraussetzung für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nach den Neuwahlen wäre die Sicherung eines angemessenen Einflusses in der Regierung und die Anerkennung gewisser wesentlicher Richtlinien für die Führung der Geschäfte."

*

Der feindliche Grundstückserwerb im besetzten Gebiet.

Der Abgeordnete Dr. Moldenhauer hat im Namen der Deutschen Volkspartei folgende förmliche Anfrage an die preußische Regierung gerichtet: „Der Eigentumsübergang innerhalb des preußischen Staatsgebietes gelegener Grundstücke, besonders im besetzten Gebiet des Westens, in ausländischen Besitz nimmt in erschreckendem Umfang zu. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um dieser Gefahr entgegenzutreten. Ist sie insbesondere bereit, darüber Auskunft zu geben, ob sie der Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen will, der die Veräußerung von Grundstücken an Ausländer nach dem Vorbild des badischen Gesetzes vom 15. April 1919 betreffend den Verkehr mit Grundstücken zeitweise erschwert?"

*

Zur Neugestaltung der Beamtenbesoldung.

Die Abgg. Heinze und Genossen von der Deutschen Volkspartei haben folgenden Antrag eingebracht: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, gelegentlich der demnächstigen Neugestaltung der Reichsbeamtenbesoldung eine Vorlage dahin vorzulegen, daß die neuen Sätze, vorbehaltlich der Regelung im einzelnen, auch den Bezügen derjenigen zugrunde gelegt werden, die schon vor dem 1. April 1920 in den Genuß von Ruhegehalt, Witwen- und Waisenversorgung eingetreten sind."

*

Die Verschleuderung von deutschem Grundbesitz.

Abgeordneter Dr. Becker und mit ihm die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Auf die Anfrage Nr. 613 wegen des Ueberganges von Grundbesitz in die Hand solcher Personen, die sich dabei nur die gegenwärtige Geldentwertung zunutze machen, hat die Regierung unter dem 31. v. M. erklärt, zur Beseitigung der zugegebenen Mißstände seien Vorarbeiten für ein Gesetz in Angriff genommen, die beschleunigt zum Abschluß gebracht werden sollen. Inzwischen haben sich jene Mißstände noch erheblich verschärft. Nach Zeitungsnachrichten wie auch nach Mitteilungen, die uns persönlich geworden sind, hat die Veräußerung von Grundbesitz und insbesondere auch von Wirtschafts- und Wohngebäuden in den Städten einen geradezu beängstigenden Umfang angenommen, der schleunigst Maßnahmen erforderlich macht. Wir fragen an: 1. Ist der Reichsregierung die Verschlimmerung der in ihrer Antwort zugegebenen Mißstände bekannt; 2. bis wann gedenkt sie die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um jenen Mißständen sofort wirksam entgegenzutreten?"

*

Noch immer keine Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Die Abgeordneten Dr. Runkel, Kempkes und Dr. Becker haben nachstehende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Vom Reichsfinanzminister wurde im Sommer vergangenen Jahres eine Milliarde Mark für Vorentschädigung solcher Auslandsdeutschen bereitgestellt, die aus Anlaß des Krieges Schäden im Ausland erlitten haben. Von dieser Summe ist bis heute noch nichts an die Auslandsdeutschen bezahlt worden, wiewohl sie ihre Forderungen bereits seit Jahren den zuständigen Stellen bekanntgegeben haben und vielen von ihnen seinerzeit von dem „Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen im Feindesland" für den Juli 1919 Anzahlung in Aussicht gestellt wurde, da die Vorbereitungen für die Auszahlungen damals bereits ihrem Abschluß nahegebracht waren. Die meisten Auslandsdeutschen sind auf diese Entschädigung angewiesen, wenn sie sich eine neue Existenz gründen wollen. Ist die Reichsregierung in der Lage, die Gründe anzugeben, die zu dieser Verzögerung geführt haben, und den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem ab die Auszahlung geschehen wird."

*

Die Jugendherbergen im Reiche.

Bereits unter dem 14. Januar haben die Abgeordneten Frau Mende, Dr. Runkel und Beuermann folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Der Hauptausschuß für deutsche Jugendherbergen ist bisher vergebens um Unterstützung seiner Bestrebungen eingekommen, die darauf hinausgehen, ein Netz von Jugendherbergen im Reiche zu bilden mit Hilfe vom Reichsverwertungsamt zu überlassenden Heeresgeräts, das ihm zu einem möglichst niedrigen Bruchteil der Gestehungskosten zu überlassen sein würde. Ein diesbezüglicher Antrag des Hauptausschusses für deutsche Jugendherbergen wurde von vielen Körperschaften unterstützt, u. a. auch vom Reichsministerim des Innern, vom Ministerium für Volkswohlfahrt, vom Reichsgesundheitsamt und vom Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Ist der Regierung bekannt, daß das Reichsverwertungsamt unter Berufung auf einen Entscheid des Reichsfinanzministers für die Ueberlassung von Ausrüstungsgeräten für die Jugendherbergen denselben Preis von dem mit geringen Mitteln arbeitenden Hauptausschuß für deutsche Jugendherbergen fordert, den die Gemeinden zahlen müssen, d. h. Gestehungskosten plus 10 Prozent? Da zu den geforderten Sätzen nur wenig Gerät erworben werden könnte, würde das Reichsherbergsnetz auf Jahre hinaus nicht zustande kommen können. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dieses für die Hebung unserer Volkskraft, namentlich für die gesamte deutsche Jugend segensreiche Werk zu fördern? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort."

*

Wann kommt die Teuerungszulage für die Lehrer und Fachschullehrer?

Der Abgeordnete Meyer (D. V. P.) hat folgende dringende kleine Anfrage an die Preußische Staatsregierung gerichtet: „Aus den Kreisen der Lehrer und Fachschullehrer, Pensionäre und Hinterbliebenen wird immer noch darüber Klage geführt, daß die um 150 Prozent erhöhte Teuerungszulage ihnen immer noch nicht ausgezahlt ist, und darauf hingewiesen, daß sie nicht mehr die notwendigen Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes besitzen. Ist die Staatsregierung bereit, sofort erneut die Anordnung zu treffen, daß überall schleunigst die Auszahlung erfolgen soll? Der Abgeordnete Meyer begnügt sich mit einer schriftlichen Antwort."

*

Bei Huthsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingelhöfer 1. Vorsitzender). Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Leipzig
Technische Messe

14. bis 20. März 1920

2500 Aussteller!

Sehenswerte Mess-Ausstellung des Vereins Deutscher Werkzeug-Maschinenfabriken.

Elektrotechnik - Triebwerke - Kleineisenwaren - Gesundheitstechnik - Feinmechanik Optik - Photographie - Kinematographie usw.

Baumesse «» Rohstoffmesse

Anmeldungen sind zu richten an das **Meßamt für die Muster-Messen in Leipzig.**

Zentrifugen und Fahrräder

liefert preiswert

Karl Kill, Kreuztal, Bismarckstr. 40.

Stets großes Lager. Telephon 87.

Verein für Feuerbestattung für Siegen u. Umgegend E. V.

Jahresbeitrag 5.— M., für Bezieher der Vereinszeitschrift „Flamme" 5.— M.

Anfragen und Beitritts-Erklärungen sind zu richten an
Ingenieur Alfred Meyer, Siegen, Nordstraße 27.
Kaufmann Karl Meyer, Siegen, Koblenzer Straße 12.
Lehrer Schatz, Eisern.
Fabrikant O. Schaus, Ferndorf. [445

Zahle von heute ab f. Strickwolle
30 Mark pro kg.
Albert Kettner, Fellinghausen b. Kreuztal.

Wir verkaufen sofort lieferbar ab Lager:

1 Schlackensandsteinpresse für ca. 1000 Stück Normalsteine pro Stunde.
1 liegende Bajonett-Dampfmaschine mit Exp.-Steuerung, [1534
1 Blattmaschine „Hill", 2 Mtr. Trommellänge für Gasheizung.
1 Ständer-Schnellbohrmaschine für Löcher bis 8 mm Ø.
1 Blungerpumpe für Riemenan-trieb, Blunger 75 Ø, Hub 120 mm.
1 Trommelwinde mit einfach. Zahnradvorgelege für Handbetrieb.

Krombach. Spies & Schleifenbaum.

Vogel & Co., G. m. b. H., Siegen i. W.

Baustoffgrosshandel und Dampfziegelei.

:: Mosaikplatten. ::

Glasierte Wandplatten.

Ausführung von Wand- und Bodenbelägen
Lieferung von Guss- und Tonröhren, Zement, Feuertonwaren, Kalk, Schwemmsteinen usw.

Wir suchen sofort ein mit Schreibmaschine, Stenographie und leichten Kontorarbeiten vertrautes

Fräulein.

Schriftliche Bewerbungen an [4707

Papierwerk Weber,
Feudingen, Krs. Wittgenstein.

Wegen Aufgabe eines Hotels in

Bad Salzhausen (Oberhessen)

findet **Dienstag, den 16. März, vorm. 10 Uhr** pünktlich anfangend

Große Mobiliar-Versteigerung

der gesamten Hoteleinrichtung statt. Es gelangen zum Ausgebot: 10 kompl. Schlafzimmer, div. Betten, Waschtische, Stühle, Tische, Sofas, Bilder 2c.

Besichtigung von 8—10 Uhr vorm. am Versteigerungstag. [19

Hotel Weil.

Vollständige
Schlafzimmereinrichtung

bestehend aus 2 Betten mit Matratzen u. Keilkissen, 1 Kleiderschrank, 1 Waschtisch mit Spiegel und Marmorplatte, 2 Nachtkonsolen und 2 Stühlen

preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen
Kreuztal, Bismarckstr. 40.

!! 12 Mark !!

zahle ich für 1 kg
Grammophon-Platten
ob ganz oder zerbrochen.
8 Mark für 1 kg
Phonograph.-Walzen.
Ganze Walzen zerschlagen, um leichter zu verpacken. [4579
Sofort gegen Nachnahme senden an

F. Schmidt,
Nürnberg, Neuegasse 18.

Eichen-Gerbholz

nicht unter 12 cm Zopfdurchmesser, sonst wie es fällt, in Ladungen zu kaufen gesucht.

Hub. A. Hurtz.
Erkrath (Rhld.). [132

Wir geben

den Vertrieb unseres erstklassigen Sprudels u. unserer mit natürlichem Mineralwasser hergestellten Limonaden auf eigene Rechnung in geeignete Hände.

Mineralbrunnen Cobern [3311] **an der Mosel.**

Krätze

juck Hautausschlag

wird unter Garantie in drei Tagen mit echter Krät-eseife „Pura" geheilt. Geruchl. ohn. Berufstörung. Pack. f. Kinder M. 3.—, f. Erwachs. M. 4.50, für ältere Fälle M. 6.50, Doppelpackung M. 10.50. Dazu „Luna" Blutreinigungstee M. 2.- und 3.50. Allein echt durch

Drogerie Philipp Kirch,
75] Freudenberger Str. 2.

Nutzholz-Versteigerung.

Dienstag, den 23. März d. Js. werden aus den Forstorten Omerland, Weidefeld und Stockland, des Gemeindewaldes Frohnhausen (Dillkreis) folgende Hölzer verkauft: **Eichen:** 26 Stck. mit 40,47 fm 1. bis 3. Kl., 36 Stck. mit 12,32 fm 4. und 5. Kl., 6 rm Nutzscheit, 1,2 m lang, 28 rm Nutzscheit, 14 rm Nutzknüppel, 2,4 m lang. **Buchen:** 3 Stck. mit 2,49 fm 4 Kl. **Fichten:** 75 fm 1. und 2. Kl., 100 fm 3. Kl. und 100 fm 4. Kl., 249 Stangen 1. Kl., 214 Stangen 2. Kl. **Kiefern:** 4 fm Nutzscheit, 27 rm Nutzknüppel, 2,4 m lang.

Der Verkauf beginnt um ½9 Uhr im Forstort Omerland mit dem Eichenholz. Das Nadelholz wird von 10 Uhr ab in der alten Schule verkauft.

Der Bürgermeister.

Bettbarchent

rot und gestreift, **sehr preiswerte, gute und federdichte Qualitäten,**

Fertige Betten

in **bekannter, guter Ausführung** mit Federn, Halbdaunen und Daunenfüllung in verschiedenen Preislagen.

— Prompte Lieferung. —

W. Schlösser, Betzdorf.
Manufaktur- und Modewaren. — Betten.

Motorräder zu kaufen gesucht

am liebsten Militär-Modelle. Abholen an Ort und Stelle. **Magnet-Apparate für Motorräder und Autos** kaufe jederzeit und erbitte Angebote mit näheren Angaben.

Karl Kill, Kreuztal, Bismarckstraße 40.
Telephon 87.

Farbbänder · Kohlepapiere

Durchschlagpapiere usw. in großen Posten auf Lager. [x328

Jacob Müller,
Siegen, Koblenzer Strasse 31
Fernruf 755.



Lahme und steife Schweine

werden **prompt** geheilt durch „Subin". Preis à Paket 4.00 M. Versand durch [4488

Apotheker **Th. Untiedt.** Bevergern i. Westf.